

6. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 24. Feber 1954

124/J

A n f r a g e

der Abg. B ö h m, P r o k s c h, O l a h und Genossen  
 an den Bundeskanzler,  
 betreffend Verwendung der Counterpart-Freigabe für den Arbeiterwohnungs-  
 bau.

Die amerikanische Wirtschaftsmission hat am 21. Dezember 1953 im Rahmen der Counterpartfreigabe 95 Millionen Schilling für den Wohnbau freigegeben. Sie hat dies getan, da ihr immer wieder die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Wohnungsbau in Österreich vor Augen geführt und nachdem ihr vor allem immer wieder dargelegt wurde, wie wichtig es sei, den Arbeiterwohnungsbau in jenen Industriegebieten zu fördern, in denen in der Kriegs- und Nachkriegszeit neue Industrien errichtet und mit ERP-Hilfe modernisiert wurden. Zehntausende Arbeiter dieser Betriebe wohnen noch immer in elenden Baracken, in völlig unzulänglicher Untermiete oder in großer Entfernung von ihrem Arbeitsplatz. Es seien hier zum Beispiel folgende Orte angeführt: Linz, Kapfenberg, Eisenerz, Liezen, Donawitz, Hüttenberg, Bleiberg, Hallein, Ranshofen und Kindberg. Beim Arbeiterwohnungsbau wurde bisher mit ERP-Hilfe nur knapp die Hälfte der benötigten Gelder aus ERP-Mitteln beigestellt, während die größere Hälfte aus Eigenmitteln, Mitteln der Unternehmungen und der Gemeinden waren. Bei der Verwendung der 95 Millionen Schilling für den Arbeiterwohnungsbau würden also mindestens 200 Millionen Schilling verbaut werden, das wären mehr als 2.000 Wohnungen.

Die amerikanische Wirtschaftsmission anerkannte diese Tatsache und widmete in der Winterfreigabe nicht zuletzt, um das Ansteigen der Winterarbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu hemmen, dem Wohnungsbau einen so verhältnismäßigen hohen Betrag. Sie tat es mit der Bemerkung: Der Bundeskanzler habe in seinem Brief vom 11. Dezember angeführt, daß die Methode der Verwendung der freigegebenen Mittel für den Wohnungsbau von der Regierung noch studiert werde. Seit diesem Zeitpunkt sind mehr als zwei Monate vergangen und bei einem vom Statistischen Zentralamt errechneten Bedarf von mehr als 200.000 Wohnungen und einem in der Nachkriegszeit

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 24. Feber 1954

noch nie erreichten Höchststand der Arbeitslosigkeit von rund 308.000 Arbeitslosen wird kostbare Zeit für ein offensichtlich unfruchtbare Studium verwendet.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler nachstehende

An f r a g e :

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, seine Studien über die zweckmäßige Verwendung der 95 Millionen Schilling Counterpartmittel für den Wohnungsbau zu einem raschen Abschluß zu bringen und die 95 Millionen in der erfahrungsgemäß zweckmäßigsten Form für den Arbeiterwohnungsbau in Wohnungsnotstandsgebieten zu verwenden?

-•-.-•-.-•-